

Die „Freiheit“ erscheint täglich (sonntags und Montags nur einmal) mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Die Jahrgangspostersammlung oder deren Raum kostet 3.— M. einschließlich Postentgelt. Keine Anzeigen: Das Setzgebühren Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M.

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die internationale Kundgebung

Die vom Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. nach dem Großen Schauspielhaus einberufene Internationale Kundgebung gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration des Berliner Proletariats. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung war die riesige Halle bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß Tausende keinen Einlaß finden konnten.

Die Veranstaltung wurde von einer künstlerischen Darbietung umrahmt, die wesentlich dazu beitrug, die Versammelten in eine gehobene, von Kampf und Trost erfüllte Stimmung zu versetzen. Der Arbeitergesangsverein „Fichte-Georgina“ brachte das Lied „Ich warde dein, du Tag der goldenen Freiheit“ eindrucksvoll zum Vortrag, dann öffnete sich die Bühne und der proletarische Sprechchor sprach Ernst Tollers Chorwerk „Der Tag des Proletariats“.

Die von dem Genossen Breitscheid in der Uebersetzung wiedergegebenen Reden lösten dann bei der Kopf an Kopf gedrängten Menge lebhafteste Begeisterung aus. Insbesondere wurden mit spontanem Beifall jene Stellen unterstrichen, in denen die Redner von den gemeinsamen Interessen des französischen und des deutschen Proletariats sprachen.

Neben den französischen Rednern machte insbesondere die Rede unseres Schweizer Genossen Robert Grimm einen sehr starken Eindruck. Dieser schilderte in knappen Strichen die Lage des Schweizer Proletariats nach dem Kriege und klagte tief die nationale und internationale Zerrissenheit der Arbeiter. Friedrich Adler aus Oesterreich konnte demgegenüber mit Genugtuung feststellen, daß die österreichische Arbeiterschaft trotz aller Gegensätze geschlossen geblieben sei, und diese Geschlossenheit müsse auch in anderen Ländern angestrebt werden.

Am Schlusse der Veranstaltung kam noch einmal der Sprechchor zum Wort. Mit dem Gesang der Internationale gingen die Versammelten auseinander, getragen von dem Bewußtsein der großen Aufgabe, die dem Proletariat gestellt ist. Die Notwendigkeit, sowohl national als international eine Einheitsfront aufzurichten zur Sicherung des Friedens, zur Erringung der wahren Freiheit, diese Erkenntnis war es, die durch die internationale Veranstaltung in die Köpfe und Herzen der Versammelten eingepreßt wurde.

### Paul Jaure, Frankreich

Die internationalen Zusammenkünfte der sozialistischen Arbeiter sind um so notwendiger, als sich das Bürgertum zur Lösung der internationalen Probleme, die der Krieg aufgerollt hat, als unfähig erwies. Die bisherigen Konferenzen der kapitalistischen Staaten zeigten keine dauernden Resultate, weil als Triebfeder die Gewalt und der Gedanke der Rache hinter ihnen stand.

Die internationale Kundgebung der Völker, insbesondere durch eine Zusammenarbeit des französischen und des deutschen Volkes. (Lebhafte Beifall.) In Deutschland sowohl als auch in Frankreich sind die Sozialisten am Werke, um die Jahrhunderte alten Mißverständnisse zwischen diesen beiden Völkern zu beseitigen und die Schranken niederzulegen, die von den herrschenden Klassen immer wieder aufgerichtet werden.

In Frankreich ist der jetzige nationale Block nur eine vorübergehende Erscheinung. Dem wahren Frankreich, dem französischen Volke, das den Frieden will, werden wir über die Stimmung des deutschen Volkes Bericht geben und ihm sagen, daß in Deutschland große Massen vorhanden sind, die von Haß und Rache nichts wissen wollen, sondern von einer tiefen Sehnsucht nach Frieden erfüllt sind. (Großer Beifall.) Die Frage der Wiedergutmachung darf nicht nach den Rezepten des Bürgertums und der Chauvinisten ihre Lösung finden, nicht dadurch, daß man dem deutschen Volke unerträgliche Lasten aufbürdet.

Wir müssen den Haß zerstören und als Sozialisten gemeinsam für unsere Ziele wirken. Die Philosophie, die Politik des Bürgertums, sie haben im kritischen Augenblick perlag. Die Priester und Kardinalen haben im Krieg den Haß gepredigt. Religion und Kirche sind zusammengebrochen, Christus wurde zum zweitenmal ans Kreuz geschlagen. Wir sehen nun das neue Deutschland der Revolution. Der revolutionäre Geist muß immer mehr gefördert werden. In diesem Sinne werden wir auch in Frankreich arbeiten.

### Arthur Crispian

Darauf erhebt sich der Genosse Crispian und begrüßt zunächst die ausländischen Delegierten. Er führt dann aus, daß wir es schon während des Krieges als unsere Aufgabe betrachtet haben, die ausländischen Beziehungen wiederherzustellen. Es genügt nicht, in jedem Land für den Sozialismus zu kämpfen, wir müssen vielmehr die internationale Front wiederherstellen, die dauernd aktiv bleiben muß, wenn sie der imperialistischen Front Herr werden will. Die jetzt zusammengebrochene Konferenz in Cannes stellt einen jener Verluste der Kapitalisten dar, die gegenwärtigen Probleme zu lösen. Die kommende Konferenz in Genoa soll die politische Entspannung herbeiführen durch ein Allians, die nicht nur England, Frankreich, Italien, Amerika, sondern auch Rußland und Deutschland umfassen soll.

Dabei ist angebracht, am heutigen Tage der zahllosen Opfer zu gedenken, die der Klassenkampf in allen Ländern gefordert hat. Als einer der ersten fiel der große französische Vorkämpfer der sozialistischen Bewegung, unser Genosse Jaure, und gerade heute müssen wir des Tages gedenken, an dem Karl Liebknecht, der mutige Kämpfer für die arbeitende Menschheit, und Rosa Luxemburg, die große abwägende Wissenschaftlerin, ihren Tod fanden. (Die Versammlung erhebt sich zu Ehren dieser beiden Genossen und der übrigen gefallenen Opfer von den Plätzen.) Genosse Crispian fährt dann fort: Wir sehen, wie durch die Entwicklung der Produktivkräfte wirtschaftliche Organisationen geschaffen werden müssen, die weit über den Rahmen der Staaten hinausgehen, und dieser Entwicklung muß folgen die internationale politische Verständigung der Völker, damit die Grundlage für die sozialistische Gesellschaft geschaffen werde. Das ist unser Ziel und unsere Aufgabe.

### Pierre Renaudel, Frankreich

Jaure und Bebel, die sich auf den großen Sozialistenkongressen vor dem Kriege trafen und sprachen, waren sich darüber klar, daß es, um den Frieden der Welt zu sichern, notwendig sei, daß Deutschland eine Republik werden müsse, mehr oder weniger so, wie die französische. Nicht als ob wir Franzosen mit unzerter Republik zufrieden seien und nichts an ihr auszuheben hätten. Denn gerade die Ereignisse der letzten Tage zeigen ja, daß wir bei unserer Rückkehr nach Frankreich neue Anstrengungen im Sinne der französischen Arbeiterschaft zu machen haben. Der nationale Block, der alle reaktionären und konterrevolutionären Elemente zusammenschließt, scheint einen vorübergehenden Triumph zu feiern. Briand hat seinen Platz verlassen und die Rechte des französischen Parlaments hat dabei ihr Spiel gespielt und wohl nicht zuletzt jener Sonderkongreß Leondaubert, der meinte, daß die Monarchie für Frankreich gut, dagegen für Deutschland schlecht sei. Briand hat auf den Zusammenkünften immerhin einige Klugheit gezeigt. An seine Stelle tritt Poincaré, von dem die französischen Nationalisten erwarten,

daß er andere Wege geht. Aber wir französischen Sozialisten nehmen es auf uns, den Kampf zu führen gegen jene, die die gegenwärtigen internationalen Fragen mit den Mitteln der Gewalt lösen wollen. (Lebhafte Beifall.) Wir treten ein für eine Lösung durch die Vernunft, wir treten ein für den Wiederaufbau der Welt durch den guten Willen der Völker und den ersten Willen der Arbeiterschaft.

Ihr deutschen Sozialisten habt begriffen, daß für das zerstörte Frankreich eine Wiedergutmachung notwendig ist, und wir französischen Sozialisten haben begriffen, daß wir von Deutschland nichts verlangen dürfen, was über seine Kraft geht oder was nur im Interesse der Kapitalisten liegt. Ich fürchte mich nicht, zu sagen, daß, wenn es jetzt scheint, als ob die französische Reaktion gesiegt habe, dieser Triumph kein dauernder sein wird. Wir sind in Frankreich nicht das Land der Reaktion. Wir können es nicht sein, denn dieses Frankreich hat vier große Revolutionen hinter sich. Jedesmal wenn das politische Pendel nach rechts ausgeschlagen hat, hat es sehr schnell wieder nach links zurückgeschlagen. Die letzte Wahl nach dem Kriege, in der Hurra Stimmung des Siegesraumes, hat das Pendel vorübergehend nach rechts ausgeschlagen. Heute kann man sagen, daß der nationale Block im französischen Volk keine moralische Autorität mehr hat. Neuwahlen werden das beweisen, und die französischen Sozialisten hoffen, daß sie dabei eine große Rolle spielen werden. Wir schwören euch, diese Arbeit an einem Dauerfrieden fortzusetzen, um die Weltatmosphäre von den Giftstoffen zu reinigen. Von den deutschen Arbeitern erwarten wir, daß sie die Demokratie, die die alleinige Friedensgarantie ist, verteidigen gegen jede Reaktion. Jede Schwächung des republikanischen Gedankens in Deutschland bedeutet einen Triumph der französischen Reaktion, die dann ausruhen würde: Seht ihr, die deutsche Republik ist ein Traumbild, Deutschland lenkt seine Schritte rückwärts und sinnt neue Revanchegedanken.

Wir haben Vertrauen zu euch, denn ihr habt die Kunst und die Monarchie beseitigt und dem verbrecherischen Rapp-Busch hat sich das gesamte deutsche Proletariat entgegenstemmt und ihn niedergeworfen. Eine solche Einigkeit des Proletariats wird immer herrliche Früchte tragen. Wir wissen, daß ihr deutschen Sozialisten die Vorkämpfer der wahren Demokratie und davon überzeugt seid, daß die demokratische Staatsform am ehesten den Frieden der Welt sichert. In diesem Sinne reichen wir französischen Arbeiter auch die Bruderhand, um unseren Bund zu besiegeln für alle Zeiten. (Stürmischer Beifall.)

### Robert Grimm, Schweiz

Ich überbringe die Brudergrüße der Sozialisten eines kleinen Landes, das unter den Kriegsfolgen heute vielleicht furchtbarer leidet als manches der am Kriege beteiligten Länder. Man erzählte uns während des Krieges, daß mit der Beendigung des Krieges auch die Zeiten des Militarismus, der Herrschaft der Gewalt und des Unrechtes vorbei seien. Man sagte uns, der Völkerverbund werde den wahren Frieden zwischen kleinen und großen Staaten bringen. Das Proletariat der ganzen Welt weiß es heute, daß das eine große Lüge war. (Lebhafte Beifall.) Obwohl die Schweiz keine direkten Kriegesopfer bringen mußte, leidet heute durch eine überwertige Valuta eine Siebentel des Schweizer Volkes unter der Arbeitslosigkeit und einer Teuerungswelle, die eine Sicherung der ökonomischen Existenz der Arbeiterschaft unmöglich macht. Die Bourgeoisie weiß keinen Ausweg aus dieser Stimmung des Bankrotts. Wir Schweizer Sozialisten hatten deswegen auf den Tag, da die Internationale der Tat, der Aktion und des Sieges zur Wirklichkeit geworden ist. Gegenüber der Not in der Schweiz kennt das Bürgertum keine andere Auskunft als die Gewalt. Die Militärärausgaben wurden gegenüber dem Jahre 1914 verdoppelt. (Unruhe.) Es wurde ein Zuschlag ausgehört, das sich nicht einmal mit dem deutschen Sozialistengeheiß vergleichen läßt. (Stürmische Mißrufe.) Aber weder durch Gewalt noch durch Verfolgungen kann man die geschichtliche Entwicklung aufhalten. Das wissen wir.

Im Kampfe gegen unsere Gegner befaßt uns eine gewisse Bangigkeit, weil auf der einen Seite die ganze bürgerliche Welt eine geschlossene, reaktionäre Front darstellt und auf der anderen Seite das Proletariat national und international zerspalten ist. (Lebhafte sehr richtig!) Wir borgen um so mehr, weil wir erkennen, daß auf nationaler Grundlage die großen wirtschaftlichen Probleme nicht zu lösen sind. Nur der revolutionäre Klassenkampf auf internationaler Grundlage kann die Menschlichkeit zum Siege führen. (Lebhafte Beifall.) Wir müssen die Massen zusammenführen. (Stürmischer Beifall.) Dann wird der Tag kommen, wo wir bei unseren Zukunftsplänen nicht mehr über Not und Elend der Ausgebeuteten sprechen werden, sondern uns freuen werden des Sieges der Menschlichkeit, des Sieges des Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

### Friedrich Adler, Oesterreich

Wir haben in Deutschland den Eindruck gewonnen, daß die große Krise in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung die absteigende Linie erreicht hat. Wir kommen von dem Parteitag mit dem Eindruck, daß die Unabhängige Partei gestärkt ist und daß in ihr der Geist der Treue zu den Idealen des Sozialismus, der Geist der Treue für die großen Kämpfe des Weltproletariats lebendig ist. Durch eine Reihe glücklicher Umstände ist es uns in Oesterreich gelungen, die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei zu erhalten. Die Gegenkräfte in Oesterreich waren dieselben wie in Deutschland. Die Trübsal der Arbeiterklasse war nicht, daß sich die Proletarier einander bekämpften, sondern die Tragödie war, daß sich die Proletarier einander besiegten wollten. Wenn sich die Proletarier einander besiegten wollten, dann können sie sich nicht international gegen die Reaktion vereinigen. Die große Aufgabe ist dem Proletariat klarzumachen, daß der Kampf für den Sozialismus höher ist als die Kämpfe der imperialistischen Regierungen. Heute sind wir uns klar darüber, daß die Befreiung des Weltkrieges das Proletariat aller Länder sind. Wir Sozialisten der Internationalen Arbeiterschaft treten für den Aufbau einer aktionsfähigen Internationale ein und stehen auf dem Standpunkt, daß sich die Anhänger der sozialen Reform und der sozialen Revolution einander nicht bekämpfen sollen. Die Kundgebungen in Deutschland stärken uns in unserem



## Ludendorff — kein Hochverräter

Die Genossen Ledebour und Rosenfeld hatten im Reichstag die Anfrage eingebracht, ob gegen Ludendorff eine Anklage wegen Hochverrat zu erwarten sei, da dieser im Kapp-Putsch eine hervorragende Rolle als Führer gespielt habe. Reichsjustizminister Dr. Radbruch hat jetzt folgende Antwort erteilt:

Die gegen v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele geführte Voruntersuchung und die Hauptverhandlung gegen die Genannten vor dem Reichsgericht hat über die Beziehungen des Generals Ludendorff zu dem Kapp'schen Hochverratsunternehmen und den an ihm beteiligten Personen folgendes ergeben:

Nach seinen Angaben ist General Ludendorff im Laufe des Jahres 1919 und später verschiedene Male mit Kapp und v. Lüttichwitz zusammengetroffen. Bei diesen Zusammenkünften soll sowohl über die Volkswirtschaftsangelegenheiten für Ostpreußen und deren Abwehr durch Gründung einer Einwohnerwehr gesprochen, als auch die Frage erörtert worden sein, wie dem Versuch einer gewalttätigen Durchführung der im Friedensvertrag geforderten Auslieferung Deutscher an die Entente zur Abwehr wegen Kriegsverbrechen nötigenfalls mit Gewalt Widerstand zu leisten sei. In der gleichen Zeit unterhielt General Ludendorff enge Beziehungen zu Oberst Bauer, Major Pabst und Schriftsteller Schnitzer, die damals maßgebenden Einfluss in der Nationalen Vereinigung ausübten. Die Nationale Vereinigung verfolgte nach einem in der Hauptverhandlung gegen v. Jagow durch General Ludendorff vorgelegten Umriss den Zweck, die nationalgerichtetsten Kreise zur Abwehr gegen bolschewistisch-kommunistische Gefahren zusammenzuschließen. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder verwarf den Putschgedanken (!). Es bestand aber ein enger Kreis, dessen Streben auf gewalttätigen Umsturz gerichtet war. Die Seele dieses Kreises war Oberst Bauer.

Für die Kenntnis der Beziehungen General Ludendorffs zu den Kreisen, die an dem Kapp'schen Unternehmen beteiligt waren, sind neben den eigenen Angaben Ludendorffs von Bedeutung zwei Briefe, die in der Hauptverhandlung gegen v. Jagow und Genossen zur Verlesung gelangten. Der eine ist von dem Direktor des Pommerischen Landbundes v. Dewitz Anfang März 1920 an General Ludendorff gerichtet worden, aber nicht in die Hände des Adressaten gelangt. In ihm ist die Rede von Vorbereitungen der Kommunistischen Partei und im Zusammenhang damit von Berliner Vorbereitungen; es wird eine Besprechung in der Viktorienstraße 20 erwähnt, über die Mitteilungen in unbetreffte und unzuverlässige Kreise gelangt seien; es wird mitgeteilt, daß sich Kapp über ein Loschlagen im März unvorsichtig geäußert habe, und es wird endlich aus gesprochen, daß General Ludendorff „von jeder Verquickung mit bezüglichen Angelegenheiten für den Fall des Zugriffs der Regierung bewahrt bleiben müsse“, damit er seinen Einfluss „gleichgültig, ob er im entscheidenden Augenblick offiziell oder hinter den Kulissen ausgeübt werde“, uneingeschränkt behalte.

v. Dewitz hat bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung gegen v. Jagow seinen Brief dahin ausgelegt, daß unter den darin erwähnten Vorbereitungen eines Berliner Kreises Vorberetzungen zu einem Gegenanschlag für den Fall eines erwarteten kommunistischen Loschlages zu verstehen seien.

Der zweite Brief ist gleichfalls an General Ludendorff gerichtet und hat den schätzbaren Schriftsteller Trebitsch-Lincoln zum Verfasser. Er ist vom 17. März 1920 datiert. General Ludendorff wird darin beschworen, die Sache Kapp, von der er gewußt, und die er gebilligt habe, nicht im Stich zu lassen.

Ueber die Beziehungen, die General Ludendorff nach Ausbruch des hochverräterischen Unternehmens zu dessen Weiter unterhalten hat, hat die Hauptverhandlung gegen v. Jagow und Genossen ergeben, daß General Ludendorff am 13. März, vormittags 6 Uhr, am Brandenburger Tor erschienen ist, um dort das Antritten der Marinebrigade zu beobachten, daß er später aus freien Stücken Kapp in der Reichskanzlei aufgesucht hat, und daß er demnach auf Wunsch Kapps bei mehreren sogenannten Kabinetsbesprechungen zugegen war, ohne persönlich in den Gang der Verhandlungen einzugreifen.

Bei diesem Sachverhalt ergibt sich der Eindruck, daß General Ludendorff über die politischen Anschauungen und Ziele der am Kapp-Putsch hauptsächlich Beteiligten im allgemeinen unrichtig gewesen ist und das Unternehmen selbst mit nichtigem Interesse begleitet hat. Andererseits deutet der Brief des Direktors v. Dewitz darauf hin, daß General Ludendorff „von jeder Verquickung mit bezüglichen Angelegenheiten für den Fall des Zugriffs der Regierung bewahrt bleiben sollte, damit kein Einfluss „gleichgültig, ob er im entscheidenden Augenblick offiziell oder hinter den Kulissen ausgeübt werde“, dann ungenutzt einsehen könne. Es scheint die Absicht der Führer des hochverräterischen Unternehmens gewesen zu sein, bis zum „entscheidenden Augenblick“ zu vermeiden, daß die Anteilnahme des Generals Ludendorff zu einer tätigen Mitwirkung werde. Diese Absicht ist, soweit es sich nach dem Beweisergebnis übersehen läßt, erreicht worden.

Der Oberreichsanwalt hat unter Würdigung dieser Umstände die Frage, ob ein ausreichender Verdacht für eine strafbare Beteiligung des Generals Ludendorff an dem Kapp'schen Unternehmen gegeben sei, verneint und betont, daß jedenfalls kein Anhalt dafür bestehe, daß er sich als Urheber oder Führer im Sinne des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August betätigt habe. Ich trete der letzteren Auffassung bei. gez. Dr. Radbruch.

Daß gegen Ludendorff kein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden würde, war bei der heutigen Feststellung der Rechtspflege zu erwarten. Ludendorff ist eben kein Arbeiter. Er ist noch immer der große Heerführer, der dem deutschen Volke angeblich große Dienste geleistet haben soll. Die Rechtfertigung, die der Justizminister Radbruch gibt, ist aber nicht einmal juristisch haltbar. Ludendorff war der führende Kopf des Kappunternehmens. Dafür liegen Dutzende von Beweisen vor. Auch der Leipziger Hochverratsprozeß gegen Jagow konnte die Mitschuld Ludendorffs nicht abschwächen. Wenn seine Haltung in diesem Prozeß nicht restlos klargestellt wurde, so lediglich deshalb, weil das Gericht in ekzotischem Respekt vor der Heiligkeit dieser Exzellenz halt machte und die Fäden und Schläuche der Kappisten nicht mit jener Energie bloßlegte, die schließlich an den Tag gelegt wird, wenn es sich darum handelt, Arbeiter zu verurteilen. Es bleibt also trotz der abschlägigen Antwort die Tatsache bestehen, daß Ludendorff die Hauptrolle im Kappunternehmen gespielt hat. Wenn er auf Grund unserer heutigen Gerichtspraxis juristisch nicht zu fassen ist, so ist keine moralische Schuld an diesem Verbrechen historisch festgelegt, ebenso wie die Geschichte über ihn als Heerführer schon längst das Urteil gesprochen hat.

## Ein fragwürdiges Dementi

Dr. Heim meldet sich

Zu den Enthüllungen des Würzburger Blattes „Das Neue Volk“ findet Dr. Heim jetzt endlich die Sprache. Er teilt der „Frankfurter Zeitung“ mit, alles, was über ihn in den Briefen Dortens an General Mangin stehe, sei „glatte Erfindung“. Und er fügt hinzu: „Das Gleiche gilt von dem, was ich Prinz Jsenburg gesagt haben soll“.

Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt dazu: „Die Tatsache seiner Unterredung mit dem Prinzen, der als Freund Dortens bekannt ist, bestreitet der bayrische Patriot also nicht, so wenig er früher seinen Verkehr mit dem Vaterlandsverräter Dortens selbst hat ableugnen können. Und dennoch will ein

solcher Mann in deutscher und bayrischer Postkarte nach wie vor seine Führerrolle spielen.“

Auch wir sind der Meinung, daß Herr Dr. Heim sich die Sache sehr leicht macht. Die Tatsache seiner Beziehungen zu Dortens und dessen Vertrauten, Prinz Jsenburg, ist nicht zu bestreiten. Was zwischen diesen Herrschaften geredet und abgemacht wurde, wird wohl nur aus Tageslicht kommen, wenn einer der Beteiligten selbst damit heraustritt. Wäre die Weste des Herrn Dr. Heim völlig rein, so hätte er als erster alle Ursache, durch eine offene, freimütige Darlegung seiner dunklen Händel alle üblen Deutungen zu verschuchen. Da er das bisher nicht getan hat, muß er sich auch weiterhin gefallen lassen, daß man Neugierigen, wie die ihm zur Last gelegten, als sehr wahrscheinlich ansieht. Er muß sich auch ferner gefallen lassen, daß man seine politische Zuverlässigkeit und Charakterstärke sehr in Zweifel zieht.

## Der Parteitag des Zentrums

Im Sitzungssaale des Reichstages wurde am Sonntag durch den Abgeordneten Dr. Porck der zweite Parteitag des Zentrums eröffnet. Der Parteitag ist stark besucht, auch der Reichskanzler Birck wohnt den Verhandlungen bei. Den Bericht über die politische Lage und über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion gab an Stelle des Fraktionsvorsitzenden Kapp, von dem man angeblich die Befürchtung hatte, daß er die Erfüllungspolitik des Reichskanzlers kritisieren würde, der Reichsarbeitsminister Brauns. Die Erfüllungspolitik, so führte Brauns aus, sei richtig gewesen, nur dadurch habe sich herausgestellt, daß das Londoner Diktat unmöglich sei. Im vorigen Jahre sei Deutschland noch Objekt der Politik gewesen, heute sehe man in England und Amerika ein, daß die Wiederherstellung des Welt Handels den Wiederaufbau Mitteleuropas und Russlands erfordere und daß dabei Deutschlands Hilfe unentbehrlich sei. Cannes hätte trotz der französischen Ministerkrisis vorteilhafte Entscheidungen für die deutsche Politik gebracht. Es könne die Erwartung ausgesprochen werden, daß aus den Verhandlungen, die jetzt über die Finanzreform und die anderen wirtschaftlichen Garantien geflogen werden müssen, eine gewisse Erleichterung für die finanziellen Leistungen Deutschlands hervorgehen werde. Die Konferenz von Genua besitz für Deutschland besondere Bedeutung, weil dort zum ersten Male durch Programm und Zwecksetzung zum Ausdruck kommt, daß die zu schaffende internationale Organisation für den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit Deutschland geschlossen werden soll. Für Deutschland läme jetzt nur eine Politik der Gebuld und der klugen Wägung in Frage, wogeballige politische Experimente dürften nicht unternommen werden. Am nächsten Arbeitstag müsse festgehalten werden, aber in der Arbeiterkammer müsse sich das Bewußtsein durchsetzen, daß der achtstündige Arbeitstag nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht zur achtsündigen intensiven Arbeit bedeute. Zur Regelung der Reichsfinanzen sei es notwendig, die vorhandenen Steuern rasch einzutreiben und eine weitere Ausgestaltung der Besteuerungen vorzunehmen, bei der ein zeitlich beschränkter Eingriff in die Substanz des Vermögens nicht ausgeschlossen sei. Dieser Eingriff sei aber nur zulässig, wenn die Neuregelung der Reparationsfrage Deutschlands Wirtschaft auf eine feste Grundlage gestellt habe. Nur zur endgültigen Sanierung, nicht aber für ein Jahr ohne Boden dürfe der Eingriff in die Substanz erfolgen. Zum Schluß meinte Brauns, daß Neuwahlen keinen Erfolg für die Regierungsparteien bringen würden. Notwendig sei das Zusammenarbeiten der mittleren Parteien. Ohne die Beteiligung der sozialdemokratischen Partei, in der nun einmal die Mehrheit der Arbeiter organisiert sei, sei heute keine Regierung möglich. Das Zentrum spiele daher nicht einmal mit dem Gedanken eines Bürgerbunds.

In der Diskussion gab der frühere Reichskanzler Hertebach eine kurze parteiamtliche Erklärung über die große Koalition ab. Er betonte, daß das Zentrum zwar bereit ist, eine große Koalition einzugehen, aber nicht unter jeder Bedingung. Es erfüllt ihn mit Ekel, zu sehen, wie in einer gewissen Partei jede politische Schwäche der gegenwärtigen Regierung ausgeschlachtet werde. Möglich sei nur eine Koalition mit Männern, die entschlossen seien, sich vorbehaltlos in den Boden der Befassung zu stellen, aber nicht mit Kreisen, die in die Regierung nur zu dem Zwecke eintreten wollen, die Verfassung und die Demokratie zu vernichten. Unter stürmischem Beifall der Versammlung hielt Fehrenbach der Deutschen Volkspartei und den Demokraten ihre schwankende Haltung in jeder politischen Krise der letzten Jahre vor und erklärte rühmderaus, das Zentrum könne eine Bundesgenossenschaft mit diesen Parteien, die es nach wie vor erstrebe, nur eingehen, wenn sich innerhalb der liberalen Kreise eine Klärung über die Ziele der Innen- und Außenpolitik durchsetze.

Auf die Beschwerden von Delepierten über das Umlageverfahren und die Steuererhebung erwiderte der Reichsfinanzminister Hermes, daß das Umlageverfahren sich besser bewährt habe, als man zuerst angenommen habe. Von der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands müsse es abhängen, ob man das Umlageverfahren auch für das nächste Erntejahr werde beibehalten müssen, oder es abbauen könne. Die am 16. Februar in Kraft tretende Brotpreiserhöhung bedeute keineswegs eine Angleichung des Preises an den Weltmarkt. Nur unter härtestem Druck der Entente habe man sich entschlossen, mit dem Abbau eines Anlages zu machen, der die jährlichen Zinszahlungen von 16 bis 18 auf 10 Milliarden Mark ermäßigt würde. Sodann ging der Minister auf die Steuerbeschwerden ein und gab ohne weiteres zu, daß der Steuererhebungsapparat nicht funktioniere und daß die Beamtenbesoldung teilweise nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stände, qualitativ erheblich verbessert werden müsse. Aber gerade weil man mit der Steuererhebung noch stark im Rückstand sei, habe es keinen Zweck, neue Steuern zu bewilligen. Daraus würde der „Steuerlump“ nur noch tiefer werden, während er im Gegenteil durch Kanäle, die das Geld in die Reichskasse abführten, trodengelagert werden müsse.

Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der der Fraktion des Reichstages und des Landtages das Vertrauen des Parteitagtes ausgesprochen und das Einverständnis mit der Politik der Regierung erklärt wird, die durch Klarheit und Wägung einer Gesundung der Welt und einem Zusammenarbeiten der Völker die Wege ebnet wolle. Weiter wird eine energische Durchführung der Finanzpolitik und der Grundlage gerechter Lastenverteilung vrlangt. In entscheidender Ablehnung einseitiger Parteipolitik der Rechten und Linken erblide der Parteitag das Gebot der Stunde.

Für Dienstag wird eine Rede des Reichskanzlers Birck erwartet.

## Australien und Deutschland

London, 16. Januar.

„Times“ meldet aus Adelaide, daß das Eclipse-Komitee eine Einladung an Professor Einstein erwägt. Der Vorschlag fand bei Universitätsprofessoren und anderen Persönlichkeiten begeisterte Unterstützung. Es wurde darauf hingewiesen, daß Australien den Handel mit Deutschland wieder aufnehmen und daß die beste Einladung dazu eine Einladung an einen der größten Gelehrten der Welt bilden würde.

Ministerkrisis in Ottawa. Die Vorklassiker haben ihren Vertreter in der Regierung den Ministerpräsidenten Dr. Crinias, weil sie mit der Stellungnahme der christlich-sozial. n in der Agrar- und Schulfrage nicht einverstanden sind.

Das polnische Heer. Nach Ausführung des Kriegeministers Sadowski wird der Friedensstand der polnischen Armee 250.000 Mann betragen. Die Normdienstzeit wird mit zwei Jahren festgelegt.

## An den Gräbern von Karl und Rosa

Wegen der internationalen Rundgebung im Großen Schauspielhaus waren die von vielen Distrikten aus Anlaß des dreijährigen Todestages geplanten gemeinsamen Besuche der Gräber von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in letzter Stunde abgesehen worden. Aus unserem an anderer Stelle über den Verlauf der internationalen Rundgebung veröffentlichten Bericht geht hervor, daß unsere großen Toten im Rahmen derselben entsprechend ihrer Bedeutung für den Kampf des internationalen Proletariats nach Gebühr geehrt und gewürdigt wurden. Trotzdem suchten im Laufe des Nachmittags noch zahlreiche Genossen die Gräber auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde auf.

Die inmitten der anderen Revolutionsoffer liegenden Gräber von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren zur Erinnerung an das vor drei Jahren an diesen unerschlichen Führern des Proletariats begangene Verbrechen der im Solde der kapitalistischen Gegenrevolution stehenden Soldateska föhlich geschmüht. Auch die Orisgruppe Berlin der „Sozialistischen Proletarierjugend“ hatte einen großen Kranz mit roter Schleife niedergelegt, eine Ehrung, die der Dankbarkeit der Jugend dafür Ausdruck gab, daß die beiden Toten sich um die geistige Erweckung und die organisatorische Förderung der Proletarierjugend ganz besonders verdient gemacht haben. Hat doch Karl Liebknecht seine erste Strafe zu einhalb Jahren Festungshaft erhalten, weil er dem Gericht als eifriger Förderer der Arbeiterjugendbewegung bekannt war und dieses annahm, daß die in seiner Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus“ niedergelegten Gedanken bei der Arbeiterjugend auf fruchtbarsten Boden fallen würden. Die über Liebknecht verhängte Strafe war als Schlag gegen die Arbeiterjugend gedacht. Der Schlag erreichte seinen Zweck zwar nicht, aber die Arbeiterjugend war trotz Liebknechts eifriger Mitarbeit, die auch durch die Festungshaft nicht unterdröhen wurde, im Jahre 1914 noch lange nicht stark genug, als daß sie etwa den Krieg hätte verhindern können. Daß aber so viele Mitglieder der Arbeiterjugendorganisation Soldaten der Revolution wurden, das ist Karl Liebknechts Verdienst.

Um die Bedeutung Rosa Luxemburgs für die Jugendbewegung wissen alle, die sie einmal inmitten der Jugend beobachtet konnten. Sie, die bei der Jugend selbst wieder jung wurde, setzte ihre ganze Hoffnung auf diese. Von der Jugend erwartete sie, daß sie den Kampf des Proletariats zum siegreichen Ende führen wird, erwartete sie die Selbsttätigkeit und Energie, den Mut und Opferwillen, kurz, alle die Tugenden und Fähigkeiten, die zur Abschüttelung der Knechtschaft notwendig sind.

Karl und Rosa sind tot, aber unsere Jugend lebt und in ihr der Geist, der die großen Toten beselte. In diesem Geiste wird sie siegen! Uns Ältere aber soll sie in ihrem Kampfe getren an ihrer Seite sehen! Kann sie heute auch den Jugendlichen nicht mehr der Berater sein, so wird die Jugend trotzdem ihr Wert zu vollenden wissen.

## Wofür der Magistrat Geld hat

Gute Zeiten für Kappisten.

Der Ausgang des Leipziger Hochverratsprozesses gegen Jagow und Genossen hat gezeigt, wie die Bedrücker der Republik auf Milde und verständnisvolle Behandlung zu rechnen haben. Diese Kreise, die wissen, daß trotz ihrer hochverräterischen Unternehmungen ihrer Person kein größerer Schaden erwachsen kann, sorgen auch in volstem Maße für diejenigen, die ihren Verolten gefolgt sind.

Der Berliner Magistrat und die Berliner Arbeiterschaft haben sich des öfteren schon damit beschäftigt, wie die Streikbrecher aus den Kapptagen zu beschäftigen sind, die durch Monate und Jahre hindurch Lohn bezogen haben, ohne dafür positive Arbeit zu leisten, und nachdem die Verleugungen der Werke sich wiederholt geweigert hatten, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Die Belastung des Berliner Staats durch die Löhne dieser Personen beläuft sich im Laufe der Jahre auf Millionen und war, trotz des großen Geschreies über die schlechte Finanzlage der Stadt, nicht zu befechten.

Jetzt wird aber dieser Propaganda der Arbeiterschaft noch dadurch die Krone aufgesetzt, daß im Bezirksamt 7 (Charlottenburg) derartige Elemente, als Belohnung für ihre damalige Treue für Kapp und Genossen, jetzt auf Lebensdauer als Beamte angestellt werden. Dieser Vorgang erscheint so ungeheuerlich, daß man annehmen muß, daß die Unterbringung solcher Elemente in Beamtenstellen nur durch eigenmächtiges Vorgehen nachgeordneter Stellen vorgenommen worden sein kann, denn es ist nicht anzunehmen, daß bei der Zusammenlegung einer Körperkategorie, wie der Magistrat Berlin, derartige Maßnahmen, wie die oben erwähnten, gutheißen werden können.

Wir nehmen an, daß der Berliner Magistrat sich zu diesem ungeheuerlichen Vorgang äußern wird.

## Die Lebensmittelbeschreibungen in Schöneberg

Die Untersuchung gegen den Oberstaatssekretär Lange, Köhke und andere wird zurzeit durch die Ueberwachungsstelle des Magistrats und die Staatsanwaltschaft eifrig fortgesetzt. In den letzten Tagen ist wiederum eine Anzahl von Geschäftsleuten aus Schöneberg vernommen worden, die über das Kontingent hinaus beliefert worden sind. Die Angelegenheit beschäftigt jetzt auch die Steuerämter, da der Verdacht besteht, daß die vom Magistrat oder von Lange gelieferten Lebensmittel unter falschen Bezeichnungen in den Bäckern geführt worden sind. Die mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragten Personen glauben, in etwa 14 Tagen die Arbeit so weit gefördert zu haben, daß das gesamte Material der Staatsanwaltschaft übergeben werden kann. Bürgermeister Berndt hat den Wunsch ausgesprochen, daß über die gesamten Geschäfte, die seinerzeit mit den Schöneberger Kaufleuten getätigt worden sind, volle Klarheit geschaffen werden möge. Insofern ist zu erwarten, daß die Untersuchung auch noch auf andere Personen ausgedehnt wird.

## Was alles in Berlin gestohlen wird

Am Bülowplatz sind die Bretterzäune von unbefugten Händen abgerissen und gestohlen worden. Dergleichen sind die Bretterzäune an der Kopenhagener, Nollner- und Sonnenburger Straße verschwunden. Auch in den städtischen Parkanlagen, Laubkolonien und Bororen verschwindet alles, was nicht niert und nagelt ist, nicht einmal Hunde und Katzen verschont man. Es ist unpaßlich, was in der letzten Zeit von Friedhöfen entwendet worden ist. Am Planufer hat man aus einem städtischen Gebäude am Hafen sämtliche Türen und Fenster mit den Füllungen u. a. nach und nach gestohlen. Diebstähle von Fühnern, Kaninchen, Ziegen, Schafen, Gänsen, Enten, Tauben und Schweinen werden täglich gemeldet. — Ein Zeichen der Zeit, — ein Zeichen der Not!

Neubesetzung der Bezirksbürgermeisterstelle in Reinickendorf. Der Posten des stellvertretenden Bürgermeisters im Verwaltungsbezirk Reinickendorf, der auch bisher mit einem Mitglied unseres Parteil besetzt war, soll neu besetzt werden. Von unserer Seite ist der Genosse Alfred Henke-Bremen für den Posten vorgeschlagen. Henke gehört bekanntlich unserer Reichstagsfraktion an.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die Parteigenossinnen und Parteigenossen werden ersucht, die Sozialistische Proletarierjugend

